

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierzeilige Beilage oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 66

Freitag den 18. März 1904

11. Jahrg.

Siehe eine Seite

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, den 16. März 1904.

Erledigung des Militär-Etats. — Wahlprüfungen.

Der Reichstag führte heute die Beratung des Militär-Etats zu Ende. Beim Kapitel: „Technische Institute der Artillerie“ brachte Genosse Zubeil die Zustände in den Militärwerkstätten von Spandau, Erfurt und Hanau zur Sprache. Er kritisierte die Arbeiterentlassungen, die niedrigen Löhne und mit besonderem Nachdruck den Versuch, die Spandauer Arbeiter im Sinne der Regierungspolitik zu beeinflussen. An Stelle des Kriegsministers, der seit gestern die Vertretung seines Etats seinen Kommissaren überläßt, erwiderte Generalmajor v. Armin und versprach, eine Untersuchung der von Zubeil namhaft gemachten einzelnen Fälle vornehmen zu lassen. Er gab dabei zu, daß die Spandauer Arbeiter zum zwingenden Genuß der famosen Reden des Reichskanzlers gegen die Sozialdemokratie verurteilt worden sind. Das Auftreten des „schlichten Mannes aus der Werkstätte“, des Abg. Pauli-Potsdam, führte zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen unsern Parteigenossen und ihm. Herr Pauli besaß die Dreifügigkeit, unsern Parteiführern nachzusagen, daß sie nur für die Arbeiter eintreten, um von den Arbeitergroßen zu leben. Die gebührende Antwort wurde ihm vom Genossen Singer zuteil. Außer andern Unwahrheiten verbreitete Herr Pauli auch die ihm von dem antisemitischen Pfaffen Kröll zugetragene Behauptung, daß unser Genosse Herbert von jedem seiner Wähler 5 Pfg. pro Woche erhalte und damit eine Wocheneinnahme von 200 Mk. habe. Genosse Herbert stellte fest, daß es sich natürlich um eine idiotische Lüge handele. Aber mit solchen Mitteln wird besonders in der Provinz gegen uns gearbeitet. Die übrigen Debatten boten wenig Interesse. Eine große Rolle spielte noch die Mejer Wasserleitungsfrage, die vom Abg. Gröber (Z.) angeschnitten wurde. Neues kam aber dabei nicht zu Tage. — Nach Erledigung des Militär-Etats wurden Wahlprüfungen vorgenommen. Im Allgemeinen wurden die Kommissionsanträge ohne wesentliche Debatte angenommen. Nur bei der Wahl unseres Genossen Buchwald, bei dem die Kommission aus ganz hinfalligen Gründen Ungültigkeit beantragt hatte, entspann sich eine lange Debatte, in der Abg. v. Gerlach (Fp.) und Gen. Fischer für Gültigkeit eintreten. Der rasende See sollte jedoch sein Opfer haben: in namentlicher Abstimmung, mit 126 gegen 81 Stimmen, sprach sich die Mehrheit für Ungültigkeit der Wahl aus. — Donnerstag stehen der 2. Nachtragsetat für Südwestafrika und der Marineetat zur Verhandlung.

59. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratslich: Kommissare.

Die zweite Lesung des Militär-Etats wird beim Kapitel Technische Institute der Artillerie fortgesetzt.

Zubeil (SD): Während meine Partei früher allein die Mißstände in den Spandauer Werkstätten hier zur Sprache brachte, scheint jetzt auch das Zentrum sich unserer Kritik anzuschließen. Am erfreulichsten aber ist es, daß unsere Erziehung bei dem Kollegen Pauli-Potsdam Erfolg gehabt zu haben scheint. (Heiterkeit.) Die Verhältnisse in Spandau bedingen es, besonders aber die mannigfachen Anforderungen der Artillerie-Prüfungskommission, daß in Spandau teurer produziert wird, als in Privatbetrieben. Jetzt wird den Arbeitern mit größeren Entlassungen gedroht, weil größere Aufträge an die Werkstätten nur dann zu erwarten seien, wenn ihre Preise nicht wesentlich höher seien als die der Privatbetriebe. Die Arbeiter sollen also wieder die Kosten bezahlen. Redner tadelt, daß altegebente Arbeiter der Pulverfabrik entlassen worden seien, um nachher wieder als Handlanger eingestellt zu werden. Den invaliden Arbeitern der Gewehrfabriken ist die Invalidenrente auf unbestimmte Zeit gesperrt worden. Es wird behauptet, die bisher gezahlte Rente sei zu groß, weil eine Invalidenkasse aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts noch Zuschüsse gewähre. Der Ton, den die Meister gegen die Arbeiter anschlagen, ist häufig sehr unhöflich. Im Feuerwerks-Laboratorium ist den Arbeitern jede Unterhaltung verboten. Mit dem Schläge der Stunde des Arbeitsbeginns werden jetzt die Sabritoren geschlossen, während früher Verspätungen bis zu 5 Minuten nicht zählten. Am schlechtesten werden in den Spandauer Werkstätten die Kanzleischreiber bezahlt. Wenn ein solcher Schreiber in der Stunde 35 Pfg. verdienen will, muß er einen Bogen von 1152 Silben schreiben. Die Betriebschreiber aber erhalten einen Anfangslohn von 4 Mk., der sich jährlich um 10 Pfg. pro Tag erhöht. Die Steinbrudergehilfen beziehen im Höchstfall einen Lohn von 4 Mk. pro Tag, während die Buchdrucker 5—5,50 Mk. verdienen. In Spandau ist jedem Arbeiter irgendwelche Agitation verboten, besonders die sozialdemokratische. Dabei aber sind bei der letzten Reichstagswahl eine Anzahl Arbeiter heurteilt worden, um bei der Wahl als Wählerführer, Wahlkontrolleure usw. zugunsten des schlichten Mannes aus der Werkstätte, des Abg. Pauli, tätig zu sein. Es wurden auch in den Werkstätten Schmähschriften gegen

die Sozialdemokratie sowie die Bülowische Rede verbreitet. Das Schlimmste ist, daß Arbeiter entlassen worden sind auf die Beschuldigung von Polizeispizeln hin, so z. B. ein Arbeiter, von dem man behauptete, er bekomme von Liebknecht 50 Mk. für Wahlagitiation, der aber mit derartigen Beschuldigungen absolut nichts zu tun hatte. Das ist der Militärverwaltung wenig würdig. Ein Pulverarbeiter, der 18 Jahre ununterbrochen in Spandau gearbeitet hatte, wurde ohne den geringsten Grund entlassen. Seine Bitte, ihm den Grund anzugeben, wurde verweigert. Jetzt ist er der Armenunterstützung zur Last gefallen. Der ablehnende Bescheid des Kriegsministers war nicht einmal mit einer 10 Pfg.-Marke frankiert. Ein Sattler, der ebenfalls 18 Jahre in der Deutzer Militärwerkstätte gearbeitet hatte, wurde entlassen, nachdem er im Betriebe das Gehör verloren hatte. Im Erfurter Betriebe sind ungerechtfertigte Lohnabzüge durchgeführt worden, die Nachzahlung wurde verweigert. Auch aus Hanau kommen Klagen. Zwei Meister haben den Arbeitern über 400 Mk. abgepreßt, und vom Obermeister wird behauptet, daß er sich durch Liebesgaben an seine Familie bestechen läßt. Die beste Kritik, besonders der Zustände in Spandau, liegt wohl darin, daß jetzt auch der schlichte Mann aus der Werkstätte ihre Revision von oben bis unten fordert. (Bravo! h. d. Soz.)

Generalmajor v. Armin: Die Wünsche des Herrn Pauli und auch die Wünsche der Arbeiterauschüsse auf Lohnverbesserungen werden zur definitiven Feststellung der demnächst in Kraft tretenden Lohnordnung benutzt werden. Was die Höhe der Löhne anbelangt, so stehen wir schon jetzt im Allgemeinen besser da als die Privatindustrie. Das statistische Material darüber wird den Herren Abgeordneten gern zugänglich gemacht werden. (Bravo!) Die Neuregelung der Beamtengehälter bei den technischen Instituten wird lediglich von finanziellen Rücksichten abhängen. Die Lage der Kanzleischreiber ist lange nicht so traurig, wie es Herr Zubeil hinstellte. Die Arbeiterentlassungen waren eine notwendige Konsequenz der geringen, uns vom Reichstag bewilligten Mittel. Wir haben aber durch viele Schiebungen die Zahl der zu entlassenden Arbeiter von 900 auf 400 verringert. Die Behauptung des Herrn Zubeil, daß bei einzelnen Entlassungen zu rigoros vorgegangen ist, kann ich nicht nachprüfen. Jedenfalls ist dabei unter sorgfältiger Prüfung aller einschlägigen Verhältnisse, Familie, Dauer der Beschäftigung usw. verfahren worden. Bei der Arbeitsniederlegung von Arbeiterauschüssen handelte es sich teils um Bagatellen, teils um Schwierigkeiten, die die Ausschüsse mit den Arbeitern selbst hatten. Daß die Wohnungen in Spandau von den besser entlohnten Arbeitern eingenommen werden, liegt daran, daß zu teuer gebaut ist. In Zukunft werden auch für die niedrig entlohnten Arbeiter Wohnungen beschafft werden. Im Uebrigen kann ich hier unmöglich auf alle von Herrn Zubeil vorgebrachten Fälle eingehen. Wenn die Rede gedruckt vorliegt, werde ich prüfen, über welche Punkte in Erwägung einzutreten ist. Sozialdemokratische Wahlagitiation von den Werkstätten fernzuhalten, sehen wir allerdings als unsere Pflicht an. (Sehr richtig! rechts.) Von einer Wahlagitiation der Behörden ist mir nichts bekannt. Die Reden des Herrn Reichskanzlers sind zur Aufklärung der Arbeiter verbreitet worden. (Wachen bei den Soz.) Ob Fälle von Erpressungen vorgekommen sind, wird nachgeprüft werden. Wir sind nach wie vor bemüht, für das Wohl unserer Arbeiter zu sorgen, soweit es in unserer Kraft steht und soweit die Mittel ausreichen. (Bravo! rechts.)

Dr. Becker (Z.) wünscht, daß die Kriegsverwaltung für die invalide gewordenen Arbeiter der Siegburger Werkstätten eine Pensionskasse einrichte, da die bestehenden Alterszulagen nicht ausreichen.

Pauli-Potsdam (N.): Mit der Erklärung des Vertreters der Militärverwaltung können wir durchaus zufrieden sein. Herr Zubeil rief mir im vorigen Jahre zu: „Sehen Sie sich nach einem andern Wahlkreis um!“ Jetzt aber bin ich wieder als Vertreter desselben Wahlkreises da. (Heiterkeit rechts.) Bei der Wahl hatten die Spandauer Arbeiter von 2 Uhr an frei und sind dann natürlich auch für mich als Schlepper eingetreten. Das kann man künftigen Arbeitern doch nicht verwehren. Wenn das Bier, das Herr Liebknecht Schwiegersvater für die Arbeiter ausgelegt hatte, nicht gekrümmt wurde, so kann ich doch nichts dafür. (Sehr gut! u. Heiterkeit rechts.) Dieses Versprechen von Freibier ist die schlimmste Wahlbeeinflussung. Sie (a. d. Soziald.) treten nur für die Arbeiter ein, um von den Arbeitergroßen zu leben! (Gr. Unruhe h. d. Soziald. Wiederholte Rufe: Unerschämtheit! Frechheit!)

Vizepräf. Graf Stolberg: Ich nehme an, daß Sie mit dieser Aeußerung nicht Mitglieder des Hauses gemeint haben (Heiterkeit u. Unruhe), sonst würde es unzulässig sein.

Pauli (fortf.): Ich gebe dem Hause anheim, wie es darüber denkt. Herr Zubeil hat in einer Versammlung in Potsdam behauptet, ich sei 1896 im Reichstage gegen die Vergütung des Hasenkrakes aufgetreten. Ich bin aber erst seit 1898 im Reichstag. (Gr. Heiterkeit rechts.) Bei der letzten Wahl wollte sich der konservative Kandidat mit Herrn Zubeil auseinandersetzen, wenn er nur 10 Genossen in die Versammlung mitbringe. Herr Zubeil aber brachte 100 Genossen und ging mutig in die Mitte (Heiterkeit). Das nennen Sie Mannesmut! Das sind doch komische Verhältnisse des Begriffes Mut! (Gelächter h. d. Soziald.)

Singer (SD): Herr Pauli hat behauptet, wir fallen bei der Wahlagitiation unsere Lachen auf Kosten der Arbeiter. Ein anständiger Mann sollte eine solche Behauptung nicht ohne Beweise aufstellen. Selbstverständlich ist daran kein wahres Wort. Außerhalb des Hauses

würde ich eine solche Behauptung als erbärmliche Verläumdung bezeichnen. (Sehr richtig! h. d. Soz.)

Vizepräsident Dr. Baasche: Auch mit dieser Einschränkung kann ich eine solche Aeußerung gegen ein Mitglied des Hauses nicht zulassen. (Zuruf h. d. Soz.: Aber die Verläumdung wurde zugelassen!) Die Verläumdung wurde nicht gegen ein Mitglied dieses Hauses erhoben. (Behh. Widerspruch u. gr. Unruhe h. d. Soz.)

Zubeil (SD): Seine Wiederwahl verdankt Herr Pauli, was ich allerdings nicht erwarten konnte, der freisinnigen Volkspartei. Diese ist bei der Stichwahl voll und ganz für ihn eingetreten. (Bravo! rechts.) Herr Pauli hat heute den Mund sehr voll genommen und ist doch kaum mit 200 Stimmen Majorität gewählt worden. Seine Lage in diesem Hause ist gefährlich. (Wachen rechts.) Gestern erklärte er, das Kriegsministerium komme aus den Erwägungen nicht heraus, und heute spricht er ihm das größte Vertrauen aus. Die Behauptung, ich hätte dem konservativen Kandidaten ein Versprechen abgegeben, wenn er mich in seinen Versammlungen zu Worte kommen lasse, erkläre ich für eine bewußte Unwahrheit. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräf. Dr. Baasche: Zu Wort ist nur noch Herr Pauli gemeldet. Ich bitte den Herrn Abgeordneten, sich möglichst kurz zu fassen, da solche Zweigepäche zwischen zwei Abgeordneten eines Wahlkreises nicht förmlich zur Förderung unserer Geschäfte beitragen. (Heiterkeit.)

Pauli (N.): Ich will mich bemühen, dem Wunsche nachzukommen. Herrn Singer erwidere ich, daß sein Parteigenosse Herbert in Stettin bei der Wahlagitiation von jedem Arbeiter 5 Pfennig und dadurch ein Einkommen von 200 Mark pro Woche erhielt. (Stürmische Heiterkeit h. d. Soz.) Die Sozialdemokraten haben bei der jüngsten Wahl in Rüneburg 1500 Stimmen weniger erhalten als im Vorjahre. Und so wird es jetzt fortgehen; dann fliegen Sie alle hinaus. (Gr. Heiterkeit.)

Herbert (SD): Die Behauptung, ich hätte durch Beiträge meiner Stettiner Parteigenossen ein wöchentliches Einkommen von 200 Mark, ist Herr Pauli von einem Idioten allerersten Ranges zugetragen worden. Mit einem Manne, der eine solche Narrheit für bare Münze nimmt, kann man nicht mehr ernsthaft diskutieren. (Sehr gut! h. d. Soz.)

Damit schließt die Diskussion. Das Kapitel wird bewilligt, ebenso debattelos der Rest des Ordinariums.

Es folgt das Extraordinarium. Beim Titel „Nachluß von Militärgebäuden in Metz, Straßburg u. a. an Wasserleitungen“ bringt

Gröber (Z.) die Mejer Wasserleitungsfrage zur Sprache. Der Fall ist typisch für die Folgen, die solche Verträge an höchster Stelle nach sich ziehen müssen. Das kaiserliche Telegramm hätte Berechtigung gehabt, wenn die ihm zu Grunde liegenden Voraussetzungen wahr gewesen wären. Die Stadtverwaltung hat aber durch Plakate der Bevölkerung das Nichtvorhandensein einer Epidemie angezeigt, ohne daß die Aufsichtsbehörde eingeschritten ist. Schon 1870 entstand in Metz eine Epidemie, welche sofort aufhörte, als die Stadt ihre verlästerte Bouillonquelle wieder hatte. Ein Vorwurf könnte hier nur die Stadtverwaltung treffen, daß sie die Regelung der Wasserleitungsfrage so lange verzögert hat, nicht aber die Stadtverwaltung. (Bravo! im Zentrum.)

Generalmajor Gallwig: Die Militärverwaltung ist bei der Abfassung des kaiserlichen Telegramms in keiner Weise beteiligt gewesen. Die Stadt hat jetzt beschlossen, die Quellen ganz aufzugeben, somit war doch wohl alles in Ordnung.

Nach weiteren Bemerkungen des Geheimrats von Gallen und des Abg. Gröber schließt die Diskussion. Der Titel wird bewilligt.

Hierauf wird ein Antrag der Kommission angenommen, zur Vervollständigung des deutschen Eisenbahnetzes im Interesse der Landesverteidigung 10 600 000 Mark zu bewilligen. Die Regierung hatte 11 400 000 Mk. gefordert. Der Rest des Militär-Etats wird hierauf debattelos bewilligt.

Es folgen Wahlprüfungen.

Die Wahl des Abg. Grafen Ballesrem (Z.) beantragt die Kommission für gültig zu erklären.

Präsident Graf Ballesrem, der in den letzten 10 Minuten neben dem Pfaffenstuhle vor einer der dunkelroten Plüschportieren gestanden und sich dann hinter die Portiere zurückgezogen hat, tritt in diesem Augenblick hinter der Portiere hervor und übernimmt wieder das Präsidium. Braufende Bravorufe, für die Graf Ballesrem durch eine Verneigung dankt. Erneuter Beifall und große Heiterkeit.

Zu den Wahlen der Abgg. Breiski-Thorn (Volk), Münch-Ferber-Hof (N.), und Dietrich-Muppins-Templin (N.) wird Beweiserhebung beschlossen.

Für gültig erklärt werden die Wahlen der Abgg. Bartling-Wiesbaden (N.), Gänger-Dierode-Hendenburg (Fp.), Hué-Bochum-Gelsenkirchen (SD), Fischer-Wolff-Metterich-Wittlich-Berntastel (Z.), Mattiesen-Schleswig-Gedernförde (N.), Fries-Eisenach-Dernbach (N.), Gräfe-Baugen-Ramens (N.), Senzmann-Herlshagen-Altena (Fp.), Dr. Bachmiche-Parchum-Dubwigslust (Fp.), Sittart-Wachen (Z.)

Die Wahl des Abg. Buchwald (SD) beantragt die Kommission für ungültig zu erklären.

Abg. v. Gerlach (Hospitalant der Fp.), Fischer-Berlin (SD), Dr. Wiemer (Fp.) und Stücken (SD) treten für Gültigkeit der Wahl ein. Die Abg. Weikstein (Z.) und Dr. Wolff (Wittlich, Fp.) für den

Italien.

Der gute Richter. Wie Frankreich, so hat jetzt auch Italien seinen „guten Richter“. Es ist der Richter Pola di Torino in Lucca, der eine Dirne, die angeklagt war, auf öffentlicher Straße die Spaziergänger verführt zu haben, mit folgender Begründung freisprach: „Warum sollte ich diese Unglückliche bestrafen? Weil ihr Lächeln und ihre Blide verlockend waren? Aber dann, warum führt man nicht vor meinen Richterstuhl alle jenen jungen Mädchen und Frauen, die in den Salons, in den Theatern und auf den öffentlichen Plätzen sehr freigebig sind mit Lächeln und Blicken? Warum führt man nicht jene ganze Horde von Süßlingen vor, die, um ihre Zeit totzuschlagen, die jungen Mädchen jeden Standes beglücken und sie mit verführerischen Worten an sich locken? Die Gerechtigkeit muß für alle gleich sein und darf nicht dazu dienen, arme Mädchen zu bestrafen, die aus Not dasjenige tun, was reiche Frauen aus Langeweile und Eafterhaftigkeit tun.“ — Die staatsbehaltenden Kreise Italiens zehren saure Gesichter. Sie werden dafür sorgen, daß ein Richter, der Gerechtigkeit für alle verlangt, so schnell es irgend angeht, von seinem Posten entfernt wird.

Griechenland.

Judenhetze in Athen. Infolge eines durch einen Israeiliten begangenen Raubmordes schleuderte Dienstag die Menge Steine gegen die Wohnung des Mörders. Die israelitischen Geschäfte wurden geschlossen, starke Truppenabteilungen bewachen das Judenviertel.

Vereinigte Staaten.

Eine wesentliche Majorität der im Weichkohlengebiet beschäftigten Arbeiter hat sich gegen einen Ausstand ausgesprochen.

Australien.

Sozialpolitik. Aus Melbourne wird berichtet: Der Entwurf eines Gesetzes über die Schifffahrt, der demnächst dem Senat vorgelegt werden wird, bestimmt, daß englische Schiffe australischen Küstenhandel nur unter der Bedingung treiben dürfen, daß sie denselben Lohn zahlen und sich denselben Arbeitsbedingungen unterwerfen, wie australische Schiffe. Australische Schiffe werden noch weiteren Beschränkungen unterworfen und müssen u. a. Sicherheit dafür leisten, daß sie australische Lohsätze zahlen werden. Die westaustralischen Häfen sind von der Wirkung des Gesetzes ausgeschlossen.

Rüben und Hamburggebiete.

Donnerstag, den 17. März.

Es ist erreicht! Als kürzlich die Wahlrechtsattentäter mit ihren, einem Wahlrechtsraub ähnelnden Vorschlägen an die Öffentlichkeit traten, da nahm man allgemein an, daß hier gewissermaßen nur die ersten Fächer ausgestreut werden sollten. An eine nahe bevorstehende Verschlechterung glaubte man umsoweniger, als die Wirkungen des erst am Schlusse des Jahres 1902 geschaffenen neuen Wahlgesetzes noch nicht klar zu Tage traten. Der Senat scheint jedoch der Meinung zu sein, daß man, um dem Einzuge von Sozialdemokraten in die Bürgerschaft vorzubeugen, jetzt bereits mit den Vorarbeiten zur ahermaligen Wahlrechtsverschlechterung beginnen müsse. Er hat deshalb der Bürgerschaft den Antrag unterbreitet, daß eine gemeinsame Kommission die Wirkungen des neuen Gesetzes prüfe und gegebenen Falles Abänderungsvorschläge machen solle. Wie nicht anders zu erwarten, empfahl der Bürgerausschuß diesen Antrag einstimmig der Bürgerschaft zur Mitgenehmigung. — Wir kommen hierauf morgen zurück.

Der Austritt aus der römisch-katholischen Kirchengemeinde. Der Beschluß der Bürgerschaft, nach welchem die Mitglieder der römisch-katholischen Kirchengemeinde, sofern sie über 1000 Mk. Einkommen versteuern, mit Hilfe des Staates unter Umständen um 20 Proz. Kirchensteuer — also ein Fünftel der von ihnen zu entrichtenden Einkommensteuer — „erleichtert“ werden können, wird zweifellos mit dazu beitragen, daß ein Teil unserer katholischen Mitglieder der Kirche den Rücken kehren werden. Der Austritt ist nun durch folgende Bestimmungen geregelt worden: § 1. Der Austritt aus der römisch-katholischen Kirchengemeinde im Lübeckischen Staate ist mit bürgerlicher Wirkung nur Volljährigen gestattet und erfolgt durch eine in Person vor dem Stadt- und Landamte abzugebende Erklärung. Der Aufnahme dieser Erklärung muß ein hierauf gerichteter schriftlicher Antrag vorausgehen. Eine Abschrift desselben ist dem Vorstande der römisch-katholischen Kirchengemeinde ohne Verzug vom Stadt- und Landamte zuzustellen. Die Aufnahme der Austrittserklärung selbst findet nicht vor Ablauf von 4 Wochen statt. § 2. Der erfolgte Austritt ist vom Stadt- und Landamte dem Vorstande der römisch-katholischen Kirchengemeinde mitzuteilen. Dem Ausgetretenen ist auf Verlangen eine Bescheinigung über den Austritt gegen eine Gebühr von 1 Mk. zu erteilen. § 3. Der Austritt bewirkt, daß der Ausgetretene zu Leistungen, welche auf der persönlichen Angehörigkeit zur Kirchengemeinde beruhen, nicht mehr verpflichtet ist. Für periodisch wiederkehrende Leistungen jedoch tritt diese Wirkung erst mit dem Ablaufe des Rechnungsjahres ein, in welchem der Austritt stattgefunden hat. — Der Weg ist also ein einfacher. Man teilt dem Stadt- und Landamte zunächst unter Beifügung des Taufschein in einem Schreiben mit, daß man aus der römisch-katholischen Gemeinde austreten will. Sodann erhält man vom Stadt- und Landamte eine Mitteilung, nach der die Austrittserklärung in einem bestimmten Zeitraum vor demselben mündlich zu wiederholen ist. Damit ist der Austritt perfekt und man kann dann nicht mehr zu irgendwelchen Leistungen für die Kirche herangezogen werden, vorausgesetzt, daß nicht eine außerhalb der Kirchensteuer liegende Abgabe zur Erhebung gelangt. Nach einem Rechnungsjahre sind jedoch alle Ansprüche der Kirchengemeinde ohne Weiteres erloschen.

„Der 18. März!“ So lautet das Thema einer am morgigen Freitag Abend im großen Saale des „Reichshauses“ stattfindenden Volksversammlung, in der unser aus den Kämpfen um den Zolltarif bekannte Genosse O. Antrich die Bedeutung des Tages für das

um seine Befreiung ringende Proletariat klarlegen wird. Wir weisen hiermit auf diese Versammlung hin, in der sicheren Erwartung, daß Lübecks Arbeiterschaft das Andenken an die Märzkämpfer der Jahre 1848 und 1871 durch einen überaus zahlreichen Besuch in würdiger Weise ehren wird. Zur Deckung der Unkosten wird ein Eintrittsgeld von 10 Pfg. erhoben. Karten sind an den bekannten Stellen zu haben.

Aus dem Gerichtssaale. Der wegen Trunkenheit und Widerstandes gegen die Staatsgewalt mehrfach verurteilte Tischler L. sollte am 21. Februar in der Mühlenstraße ruhendenden Kärrn verurteilt und dem ihn fütternden Schutzmänn energischen Widerstand geleistet haben. Der Angeklagte bestritt die ihm zur Last gelegten Straftaten und erklärte, daß er an jenem Abend nicht betrunken gewesen sei. Als er sich ruhig die Mühlenstraße hinunter begeben habe, seien aus einer Wirtschaft eine Anzahl junger Leute lärmend auf die Straße gekommen, worauf er für sich gesagt habe: „Wenn wir so etwas machen, kommen wir gleich nach dem Markt; den Leuten passiert aber nichts!“ Darauf sei er von einem Schutzmänn gewaltsam zu Boden geworfen, wieder hoch gerissen und mit Hilfe eines Zivilisten nach der Kapitelwache gebracht worden. Hier habe ihn der Schutzmänn geohrfeigt und an der Kehle gewürgt. Der Schutzmänn, sowie sein Kollege, der auf der Wache Dienst hatte, bestritten das. Die übrigen Zeugen, vier Bautechniker, erklärten, daß der Angeklagte so stark betrunken gewesen sei, daß er sich immer um einen Laternenpfahl herumgeschlingert habe. Derselbe sei nicht zu Boden geworfen und habe energischen Widerstand geleistet. Das Schöffengericht hielt die Angaben des Angeklagten nicht für erwiesen und erkannte auf 8 Mk. Geldstrafe wegen der Ruheverletzung und 4 Wochen Gefängnis wegen des Widerstandes. — Der verurteilte Arbeiter G. geriet in einer hiesigen Herberge mit dem Wirt wegen der Zeche in Streit, weshalb er hinausgewiesen wurde. Er ging jedoch nicht, sodah ein Seemann dem Wirt Hilfe leistete. G. verletzte dann Letzteren mit einem Messer nicht unerheblich. Er wurde zu insgesamt 3 Monaten Gefängnis verurteilt. — Das Dienstmädchen F. entwendete seinem Nebenmädchen 20 Mk. Urteil: 1 Woche Gefängnis. — Weil er eine auf Abzahlung gekaufte Nähmaschine, bevor sie sein Eigentum war, versetzte, wurde der Goldschmied F. zu 20 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Uebersicht der Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle in der Stadt Lübeck im Monat Februar 1904. Eheschließungen fanden statt 46. Geboren sind 221 Kinder, davon 121 männlichen, 100 weiblichen Geschlechts, todtgeboren 2 Knaben, 2 Mädchen. Gestorben sind 58 Personen männlichen, 15 weiblichen Geschlechts, in Summe 103. Demnach Ueberschuß an Geburten 63 resp. 55, insgesamt 118. Auf 1000 Einwohner waren 31,03 Geburten, 14,16 Sterbefälle zu verzeichnen. Von den Gestorbenen waren alt bis zu 1 Jahre 30, von 1—5 Jahren 9, bis zu 10 Jahren: 1, bis zu 15: 3, bis zu 20: 3, bis 30: 11, bis zu 40: 2, bis zu 50: 5, bis zu 60: 5, bis zu 70: 13, bis zu 80: 8, bis zu 90: 13, über 90 Jahre: 0. Die Todesursache war Diphtherie in 1, Keuchhusten in 1, Tuberkulose in 13, Lungenerkrankung in 6, entzündliche Krankheiten der Athmungsorgane in 10, Magen- und Darmkatarrh, Brechdurchfall und Atrophie der Kinder in 8, Folgen des Wochenbetts in 0, Krebs in 4, angeborene Lebensschwäche in 5, Altersschwäche in 8, Unglücksfall in 2, Selbstmord in 2, Gelenkrheumatismus in 0, Verleiden in 3, Krämpfe in 2, Nierenleiden in 1, Wasserhucht in 1, Schlagfluß in 7, Typhus in 0, Masern in 0, Scharlach in 1, Milzbrand in 0, übrige benannte Krankheiten in 21, und unbekannt in 6 Fällen. Von den Gestorbenen entfielen auf die Stadt 39, Vorstadt St. Jürgen 10, St. Lorenz 31, St. Gertrud 5, in Krankenanstalten 18.

Bestätigt ist vom Stadt- und Landamte der zum Gemeindevorsteher in Krumbeck wiedererwählte Gufner J. A. Höpner.

Stoßelndorf. Eine Märzfeier veranstaltete der Sozialdemokratische Verein in Stoßelndorf und Umgebung am Freitag Abend im Lokale des Herrn Paetau. Die Gedächtnisrede hält Genosse Stellung aus Lübeck. Genossen, erscheint zahlreich!

Schwartau. Anmeldung von Kurgästen. Das Staatsministerium veröffentlicht folgendes Statut: § 1. Wer in der Gemeinde Flecken Schwartau gegen Entgelt Kur- oder Badeplätze, welche sich länger als drei Tage in derselben aufzuhalten beabsichtigen, bei sich aufnimmt, ist verpflichtet, diese innerhalb drei Tage nach ihrem Einzuge bei dem Gemeindevorstande schriftlich anzumelden, sowie innerhalb drei Tage nach ihrem Abzuge schriftlich abzumelden. Zu den An- und Abmeldungen sind die vom Gemeindevorstand unentgeltlich abzugeben den Vordrucke zu benutzen. § 2. Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften werden mit einer vom Gemeindevorstande zu erkennenden Ordnungsstrafe von 1 bis 15 Mark bestraft.

Malente. Seitens der Zimmerer ist über das Baugeschäft des Zimmermeisters Johannes Steffen, hieselbst, die Sperre verhängt worden.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Die Kohlenarbeiter in Geesthacht haben eine teilweise erfolgreiche Lohnerhöhung durchgesetzt. — Die Bauhandwerker in Breck haben, nachdem die Unternehmer ihre Forderungen rundweg abgelehnt, beschloßen, den jetzigen Tarif vorläufig beizubehalten. — Die Krieler Schutzmacher stimmten dem Vorschlage der Meister, den Gewerbegerichts-Vorsitzenden Dr. Thode als Vermittler anzurufen, zu. — Die Maurer und Zimmerer in Grabow haben nun auf den von den Meistern gemachten Versuch, die Lohnverhältnisse der Gesellen zu verschlechtern, mit einem allgemeinen Ausstande geantwortet, nachdem schon, wie berichtet, aus der gleichen Ursache das Baugeschäft des Maurermeisters Blum seit dem 6. März gesperrt war. Der Zuzug von Maurern und Zimmerern nach Grabow ist deshalb strengstens fernzuhalten. — Den streikenden Malern auf der Neptunwerft in Rostock ist von Herrn Kasdorff erklärt worden, daß er von dem Vertrage mit der Neptunwerft zurückgetreten ist. Die Maler haben darauf die über Kasdorffs Geschäft verhängte Sperre aufgehoben. — Wegen ungenügender Sicherheit eines Gerätes legten in Bremen beim Bau des Realgymnasiums 14 Arbeiter die Arbeit nieder. — Die Bremer Fensterputzer vereinbarten mit ihrem Arbeitgeber einen neuen, bis 1907 geltenden Lohnarif. — Die Maler von Bremer haben die Arbeit nieder. Die Forderung ist 47 1/2 Pfg. Minimallohn und 9 1/2 stündige Arbeitszeit. Der bisherige Lohn betrug 42 1/2 Pfg. bei 10 stündiger Arbeitszeit. — Differenzen sind in Hemelingen unter den Textilarbeitern und Arbeiterinnen der Juteplinnerei und Weberei ausgebrochen. Es wird ersucht, den Zuzug von alichen Arbeitern fernzuhalten.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Infolge einer Kollision sank in Hamburg Hafen eine Barkasse. Der auf der derselben befindliche Arbeiter fand leider

seinen Tod in den Wellen. — In Neumünster erstickte ein 14jähriges Kind, das beim Spielen einen selten Gegenstand verschluckt hatte. — In St. L. W. Arnitz bei Reinfeld fiel ein kleines Kind des Maurers Behn in ein Wasserloch und ertrank. — In der Nacht zum Dienstag kamen zwei ältere bei der Gutsheerung im Dorfe Strafow bei Woldegk in Mecklbg. bedienste Leute dadurch ums Leben, daß sie durch Kohlendampf erstickten. Dienstagmorgen wurden sie tot im Bette aufgefunden. Außerdem befindet sich noch eine dritte Person, die in demselben Zimmer übernachtete, in Lebensgefahr. — Die Oldenburger Staatsregierung beantragte beim Landtage die Bewilligung von 95 000 Mk. zur Verbesserung der Einfahrt des Fischereihafens in Nordenham.

Hamburg. „Gut republikanisch!“ In der gestrigen Sitzung der Bürgerschaft wurde die Wahl von 13 Mitgliedern zum Bürgerausschuß vorgenommen. Seitens unserer Genossen war Stolten als Kandidat nominiert worden. Er unterlag jedoch. Man hat sich also nicht entschließen können, der sozialdemokratischen Fraktion eine ihrer Stärke entsprechende Vertretung im Bürgerausschuße einzuräumen.

Rostock. Opfer des Kapitalismus sind die Schiffsleute der Rostocker Bark „Godeffroy“ geworden, jenes Kapitalismus, der sich, um seine Profitrate zu steigern, selbst nicht scheut, die Leben der Seefahrer alten, verfaulten Schiffsrümpfen anzuvertrauen. Ueber die Verschollenheit eines solchen schwimmenden Sarges, nämlich der Bark „Godeffroy“, verhandelte nach unserem Mecklenburger Parteiorgan in letzter Sitzung das Seeamt zu Rostock. Die in Rostock heimatemel gewesene Bark „Godeffroy“ ist im Jahre 1867 in Gothenburg erbaut. Nachdem die Bark am 12. Oktober 1902 mit einer Ladung Holz von Kap Lormentine in Liverpool angekommen war, verließ sie am 1. November desselben Jahres diesen Hafen in Ballast wieder nach Maryport, um dort Kohlen für Caimarnera und Santiago de Cuba zu laden. Am 14. November 1902 ging die Bark „Godeffroy“ mit 705 t Kohlen von Maryport ab. Die Besatzung bestand aus 11 Personen. Nachdem die Bark am 18. November 1902 auf See und zwar 95 Seemeilen von Scilly angesprochen ist, hat man von ihr und ihrer Besatzung nichts wieder gehört und gesehen. Auch haben die in der Heimat der Personen der Besatzung angestellten Nachforschungen und ein öffentlicher Aufruf durch die Zeitungen nichts über deren Verbleib ergeben. Von dem Reichskommissar wurde die Besatzung von elf Köpfen, die früher 14 betragen habe, für sehr gering gehalten. Auch habe die Bark nach ihrem Klassenzettel G, nachdem ihr im Jahre 1901 die Kupferhaut abgenommen, nicht mehr Berechtigung gehabt, nach Indien zu segeln. In der Zeit vom 18. bis 28. November 1902 habe fürmliches Wetter geherrscht. Der Spruch des Seeamts lautet dahin: Es ist als erwiesen anzusehen, daß die in Rostock heimatemel Bark „Godeffroy“, welche am 7. November 1902 in Maryport in England nach Caimarnera auf Cuba auslariert worden, diesen Bestimmungshafen aber nicht erreicht hat, auf ihrer Reise um der aus elf Personen bestehende Besatzung untergegangen ist. — Die Ursache des Unfalls hat sich nicht feststellen lassen, so heißt es weiter in dem Spruche. Die Ursache ist für uns gegeben in den Feststellungen des Reichskommissars über den Zustand des Schiffes und die zu geringe Besatzung. Auch jene elf vernichteten Menschenleben bilden Mitankläger des heutigen privatkapitalistischen Mutterlandes.

Güstrow. Wiederum zum Tode verurteilt wurde gestern vom Schwurgericht der Schmittler Konieczny, der bekanntlich beschuldigt worden war, den Schmittler Piejst vorzüglich durch Bier, in das er Urjennit geschüttelt hatte, vergiftet zu haben. Der Angeklagte war bereits einmal zum Tode verurteilt, dieses Urteil jedoch vom Reichsgericht aufgehoben worden.

Letzte Nachrichten.

Berlin. Kind verbrannt. Ein zwei Monate altes Kind des Zigarrenhändlers Wendland, das von der Mutter in einem Waschkorb in die Nähe der Kochmaschine gestellt worden war, verbrannte. Herausgefallene Funken hatten die Betten in Brand gesetzt. — Der Weber Lesinski, der 1902 in Berlin seine Tante, die 60jährige verwitwete Händlerin Ludwig ermordet hatte, wurde Mittwoch vom kaiserlichen Bezirksgericht in Kalisch zu 15jähriger Zwangsarbeit und lebenslänglicher Anstaltung in Sibirien verurteilt.

Mitau. Schredenstat eines Irnsinnigen. Mittwoch früh wurde im hiesigen Stadtkrankenhaus der Verwalter Arnold von einem geistesgestörten Insassen Mälefriedel durch Artthiebe getötet. Der Täter wurde festgenommen.

Dorimund. Bergmannsloz. Durch Schlagwetter wurden auf der Zeche „Königsborn“ drei Bergleute getötet und mehrere verletzt.

Köln. Ein Familiendrama spielte sich Mittwochmittag hier in der Bahnenstraße ab. Ein Bergarbeiter feuerte mehrere Revolvergeschosse auf seine von ihm getrennt lebende Frau ab. Schwer verletzt wurde die Frau ins Hospital geschafft. Dann schob der Mann auf seine Schwiegermutter. Der Schuß ging fehl. Hierauf wandte der Bergmann die Waffe gegen sich selbst und tötete sich durch eine Kugel in den Kopf.

Kaiserslautern. Arbeiterrißto. Bei den Sprengarbeiten in einem Steinbruche unweit von Birmasens wurde nach der „Wälz. Br.“ einem Arbeiter durch Sprengstücke der Kopf abgerissen; vier Arbeiter wurden schwer verletzt.

Petersburg. Durch den Zusammenstoß zweier Güterzüge unweit der Station Kaltwa an der Südbahn wurden 13 Wagen völlig zerstört, 12 beschädigt. Zwei Wagenschmerer wurden schwer, ein Zugführer leicht verletzt. — Ein Brand in der Werkstätte der Brester Bahn in Mostau vernichtete 10 neue Lokomotiven.

Briefkasten.

F. Thomas Münzer und der große deutsche Bauernkrieg.

Lübecker Marktpretie vom 16. März. Bauern-Butter Pfd. 1,15 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,25 Mk., Gafen Stk. — Mt., Enten Stk. 3,50 Mk., Gähner Stk. 2, — Mt., Ruten Stk. — Mt., Lauben Stk. 0,60 Mk., Gänse Pfd. — Pf., Flügels — Mt., Schwanzst. Pfd. 0,43 Mk., Schinken Pfd. 0,82 Mk., Wurst Pfd. 1,15 Mk., Eier 10 Stk. 60 Pfg., Kartoffeln 10 Liter 60 Pfg., Karpfen Pfd. 0,90 Mk., Karaulchen Pfd. 80 Pfg., Geste Pfd. 70 Pfg., Bariche Pfd. 70 Pfg., Kal Pfd. 0,50 Mk.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 16. März. Der Schweinehandel verlief flau. Zugesührt wurden 585 Stüd. Preis: Sengschweine — 46 Mk., Berandtschweine, schwere 45—46 Mk., leichte 45—46 Mk., Sauen 40—45 Mk. und Ferkel 41—45 Mk. pro 100 Pfund.

Organisierter Terrorismus.

„Streng vertraulich“ versendet, wie der „Vorwärts“ mitzuteilen in der Lage ist, der Geheimkommerzienrat Dr. E. Weßky zu Wüstenaltdorf als Vorsitzender des Verbandes schlesischer Textil-Industrieller Einladungen zum Anschluß an den genannten Verband. Warum „streng vertraulich“? Das lehrt ein Blick in den Inhalt der streng vertraulichen, von mehreren Seiten zur Verfügung gestellten Schriftstücke. Der Verband hat seine alten Statuten am 2. Februar aus Statuten zur Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen der Textilindustrie in solche zur „geschwindigen Knechtung und Vertilgung der Arbeiter und zur Unterjochung der kleineren Textil-Industriellen unter den Willen ihrer großen Konkurrenten umgewandelt. Die Gemeingefährlichkeit des neuen Statuts und das böse Gewissen der Väter dieser „neuen Statuten“ scheut die Öffentlichkeit. Desto mehr Grund liegt für uns vor, gegen ihren Willen den Inhalt dieser Statuten zu veröffentlichen.

Das neue Statut des Verbandes schlesischer Textil-Industrieller bezeichnet in § 1 als Zweck des Verbandes neben der Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen der Textilindustrie in Schlesien „einen Zusammenschluß der der schlesischen Textilindustrie angehörenden Arbeitgeber mit dem Zweck, ein gedeihliches Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitern in den Betrieben der Mitglieder zu fördern, entfallende Streitigkeiten nach Möglichkeit zu schlichten, unberechtigte Forderungen der Arbeiter aber, namentlich unberechtigten Arbeitseinstellungen, durch gemeinsames Vorgehen wirksam entgegenzutreten.“ Deutlicher als dieser, wohl vom Verbandsyndikus Rechtsanwalt Dr. Reiffers stiftierte § 1 zeigt der weitere Inhalt der Statuten, wohin die Reise geht.

§ 13 des Statuts stellt über das Verfahren bei Streitigkeiten in den Betrieben der Mitglieder folgende Vorschriften auf: Im Fall von Arbeitseinstellungen oder sonstigen Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wählt der Ausschuss der Verbandes aus seiner Mitte eine Kommission von sechs Mitgliedern. Diese Kommission ist befugt, weitere Personen zu kooperieren. Die Kooperierten sollen mindestens zur Hälfte Arbeitgeber desjenigen Gewerbezweiges sein, in dem die Streitigkeiten zutage getreten sind, die andere Hälfte braucht nicht aus Arbeitgebern zu bestehen.“ Diese Kommission soll nach Ausbruch eines Streiks die Verhältnisse an Ort und Stelle prüfen und mit den Arbeitern in Verhandlung treten. „Sind die Verhandlungen erfolglos, so hat sie sich darüber schlüssig zu machen, ob sie die Niederlegung der Arbeit durch die Arbeiter, bezw. die Ausperrung derselben durch den Arbeitgeber für berechtigt oder für unbegründet erachtet. Auf Grund des Berichtes der Kommission entscheidet dann der Verbandsausschuß. Werden durch diese Entscheidung die Forderungen der Arbeiter als berechtigte anerkannt — wie freilich muß das Verhalten eines Arbeitgebers sein, wenn der Ausschuss dieser Kampforganisation von Arbeitgebern ihm Unrecht gibt! — so wird dies dem betreffenden Arbeitgeber schriftlich mitgeteilt, welcher sich der Entscheidung zur Vermeidung dauernden Ausschusses aus dem Verband unbedingt zu unterwerfen hat. Geht dagegen die Entscheidung des Ausschusses dahin, daß die Niederlegung der Arbeit unberechtigt, bezw. die Ausperrung berechtigt ist, so erhält das davon betroffene Mitglied eine Entschädigung für jede Woche vom Beginn der Arbeitsniederlegung jener Lohn- oder Gehaltssumme, welche der Beitragsberechnung, vorteilhaft auf eine Lohnwoche, zugrunde gelegt ist. Dem Ermessen des Ausschusses bleibt es vorbehalten, auch höhere Entschädigung zu gewähren. Ein Rechtsanspruch auf Streikentschädigung besteht nicht. Der Ausschuss kann die Verbandsbeiträge bis zum doppelten Betrage erhöhen, wenn die Anforderungen an die Verbandskasse die vorhandenen Mittel

übersteigen. Es sind ferner, sobald ein Streik vom Ausschuss als unbegründet bezw. eine Sperre als begründet erklärt worden ist, die Verbandsmitglieder hiervon zu benachrichtigen, welche dann ihrerseits verpflichtet sind, die jeweiligen Arbeiter, die die Arbeit eingestellt haben oder gesperrt sind, in ihre Betriebe nicht aufzunehmen.“

Unberührt ist wohl statutarisch der geschwindige Terrorismus einer Arbeitgebergruppe noch nicht festgelegt worden.

Der mit so mächtigen Befugnissen ausgestattete Ausschuss besteht aus dem Vorsitzenden, seinen drei Stellvertretern und 12 bis 20 weiteren Personen, die sämtlich in der Hauptversammlung zu wählen sind. In der Hauptversammlung besteht nicht Gleichheit des Stimmrechts. Das Stimmrecht ist vielmehr nach der Höhe des Jahresbeitrags abgestuft: der Reichste hat die meisten Rechte. Ein Jahresbeitrag bis 25 Mk. verleiht eine, von 26 bis 50 Mk. zwei, von 51 bis 100 Mk. drei, von 101 bis 200 Mk. vier Stimmen, und für jede weitere 100 Mk. Jahresbeitrag eine Stimme mehr. Damit die kleineren ganz sicher von den Großen aufgefressen werden, ist ihnen gestattet, sich vertreten zu lassen. Der Beitrag der Verbandsmitglieder besteht in einem einmaligen Betrag von 25 Pfg. pro Kopf der von ihm beschäftigten Fabrikarbeiter und in einem Jahresbeitrag von 50 Pfg. für jedes angefangene tausend Mark der von der schlesischen Textil-Verursachungsgesellschaft bezw. Seiden-Verursachungsgesellschaft als anrechnungsfähig aufgegebenen Lohnsumme.

Nach § 152 der Gewerbeordnung sind diese Beiträge nicht lagbar. Indes hofft der Verbandsyndikus wohl, daß die wirtschaftliche Macht der großen Firmen ausreicht, um die rechtswidrigen Vermögensvorteile dem Verband und seinem wohlbezahlten Bureau zuwenden zu lassen. § 152 der Gewerbeordnung stellt ausdrücklich jedem Teilnehmer einer Vereinigung zur Erlangung günstiger Lohn- oder Arbeitsbedingungen, insbesondere mittels Entlassung der Arbeiter, den Rücktritt von solcher Vereinigung frei und unterlagt jegliche Klage aus solcher Vereinigung. Die gesamte Neuorganisation des Verbandes stellt sich als eine Verbindung dar, die die Vollziehung dieses zweiten Absatzes des § 152 der Gewerbeordnung und das Recht des Arbeiters, Arbeit sich unter den ihm günstigsten Bedingungen zu suchen, durch ungesetzliche Mittel zu eskalieren sucht. Die Teilnahme an einer solchen Verbindung ist nach § 129 des Strafgesetzbuchs mit Gefängnis bis zu 2 Jahren zu bestrafen. Jedes — wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe. Der Verband zur Terrorisierung der kleineren oder zur Nachgiebigkeit gegen Forderungen der Arbeiter geneigter Unternehmer und der in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiter wird sogar suchen, sich in das Vereinsregister des Amtsgerichts zu Breslau eintragen zu lassen.

Immer dringlicher offenbart sich die Gemeingefährlichkeit des schrankenlos kartellierten Unternehmertums, immer lebhafter die Notwendigkeit eines Schutzes der Arbeitskraft gegen schwarze Listen und ähnliche terroristische Beeinträchtigungen der persönlichen Freiheit des Arbeiters. Durch ausdrückliche Festlegung der zivilrechtlichen und strafrechtlichen Haftung solcher Versuche, den Mitmenschen des eignen höheren Profits halber an der Verwendung seiner Arbeitskraft zu hindern.

Soziales und Parteilieben.

Streiks und Lohnbewegungen. Auf der Schichauischen Werft in Danzig sind Sonnabend die Kupferschmiede in den Ausstand getreten; gefordert wird: Abschaffung der Akkordarbeit, ein Stundenlohn von 35 bis 50 Pfennig, für Ausgelernte 30 Pf. die Stunde. Für Ueberstunden, Sonntag- und Nachtarbeit und Montagen entsprechende Zuschläge. — Der Schneiderei in Plaue n. B. wurde vor dem Einigungsamt des dortigen Gewerbegerichts durch Vergleich beigelegt. — Die Tape-

zierer in Hannover sind in den Streik getreten. Die Hauptforderungen sind: Neunstundentag, Minimallohn für Ausgelernte 40 Pfg., für 20 jährige Gehülfen 43 Pfg. pro Stunde, Erhöhung des bisherigen Wochenlohnes für jeden Gehülfen, soweit schon die genannten Sätze bezahlt sind, um mindestens 1.62 Mk. Zu den neuen Bedingungen arbeiten bereits 65 Gehülfen. Die Tapezierer in Eiberfeld sind ebenfalls in den Streik getreten. — Der Streik der 300 Steingutarbeiter und Arbeiterinnen auf der Fabrik des Fürsten Pfenburg zu Schlierbach bei Wächtersbach dauert fort. Bei dem Kampfe, der nun schon 20 Wochen dauert, handelt es sich bekanntlich um die Aufrechterhaltung der Organisation. — Die Militärtuchweber und Hilfsarbeiter der Firma Kuffrath in Birkesdorf bei Düren befinden sich im Ausstand. Dieselben hatten an der von der Firma vorgelegten Arbeitsordnung Abänderungen gewünscht, die abgelehnt und weiterhin mit Entlassung beantwortet worden waren. Die Streikenden sind sämtlich organisiert. — Bei der großen Glasereifirma Jäger in Dissenbach sind 37 Glaser aus verschiedenen Organisationen entlassen worden, weil sie auf Innehaltung des auf zwei Jahre abgeschlossenen Tarifvertrages gedrungen haben, wonach die Akkordarbeit ausgeschlossen ist. Seitens der Arbeiter ist das Einigungsamt des Gewerbegerichts angerufen worden. — Die Stukkateure und Gipser in Mannheim traten in eine Lohnbewegung ein. — Die Zahl der streikenden Schneider in Budapest beträgt augenblicklich 7200. Nur in 20 Werkstätten wird gearbeitet, in 800 nicht. Der Streik der Schlosser nimmt immer größere Dimensionen an. Die in der Arbeit verbliebenen Gehülfen bewilligten 4 Proz. ihres Wochenlohnes für die Streikenden. Die Verhandlungen zwischen den Ausständigen und den Arbeitgebern werden auf dem Wege der öffentlichen Plakate geführt. Beide Teile überhäufen sich einander mit Vorwürfen.

Die neuerlichen Einigungsverhandlungen zwischen den Lokal- und Zentral-Organisationen, die am vergangenen Sonntag in Berlin unter Vorsitz des Genossen Pfannkuch, als Vertreter des Parteivorstandes, stattfanden, sind leider wiederum ergebnislos verlaufen. Die lokalorganisierten Vertreter erklärten teilweise, daß, wenn sie selbst auch den Uebertritt gutheißen würden, die Mitglieder ihres Verbandes sie im Stich lassen würden. Man müsse es der Zeit überlassen, die vorhandenen Gegensätze zu beseitigen. — Es ist tieftraurig, daß es trotz des Grades der Situation, trotz der Einigkeit der Schachmacher noch so viele aufgestellte Arbeiter gibt, die sich den überflüssigen Luxus eines Organisationsstreites gestatten.

Eisenbahn Schpel? Von einer neuen Vorordnung der Eisenbahnarbeiter, denen man kürzlich das Sparen sogar amtlich verboten hat, erzählt die Magdeburger „Volksstimme“ zufällig Kenntnis. Bei der am Sonntag vorgenommenen Hausagitation für die „Volksstimme“ erfuhr einer unserer Genossen folgendes: Bei der Frau eines Eisenbahners stellte sich vor zirka 14 Tagen ein Herr ein, der sich bei seinem Eintritt als Vertreter der „Volksstimme“ vorstellte und versuchte, die Frau zum Abonnement auf die „Volksstimme“ zu bewegen. Darauf entspann sich folgender Dialog: Die Frau: „Es tut mir leid. Bei dem geringen Lohne meines Mannes und der großen Kinderzahl sind wir nicht imstande, für derartige Sachen Geld auszugeben. Außerdem ist mein Mann an der Bahn und da darf er noch nicht einmal seine Frühstückstulle in die „Volksstimme“ einwickeln.“ Der „Herr“: „Recht so, liebe Frau! Ich bin nämlich nicht von der „Volksstimme“, sondern von der Bahn, und soll mich danach erkundigen, welche Zeitung von unseren Bahnarbeitern gelesen wird.“ — Die Eisenbahnverwaltung scheint nur Sklaven, keine freien Männer als dienstbare Geister gebrauchen zu können. Statt sich aber um die Privatlektüre ihrer Angestellten, sollte sich die Verwaltung lieber um die Betriebssicher-

Im Fenster.

Roman von Friedrich Gerstäcker.

81 Fortsetzung.

„Dann habe ich nichts dagegen,“ meinte Schaller; „denn aufrichtig gesagt, möchte ich mich jetzt gerade nicht in Extra Unannehmlichkeiten bringen. Es ist so wie so. Und wie wird es mit der Zahlung, Kauten?“

„Das ganz Programm ist zwischen mir und dem alten Herrn auf das Exakteste verabredet worden,“ sagte Kauten; „morgens um zehn Uhr empfangen ich die Aussteuer, um darüber noch die nötige Disposition zu treffen. Ich habe ihm nämlich erklärt, ich wünsche nicht auf einer Hochzeitsreise eine solche Summe bei mir zu führen, weil ich sonst aus Angst und Sorge nicht herauskomme. Um elf Uhr bin ich bei Ihnen. Um zwei Uhr ist die Trauung, um drei Uhr ein einfaches Familien-Dinner, um vier Uhr dreißig Minuten geht der Zug, der uns aus Rhodenburg fort in die Weite fährt.“

Schaller hatte ihm schweigend zugehört und nickte dabei nur immer selbstzufrieden mit dem Kopfe, schien aber doch noch ein Bedenken zu haben und sann eine Weile darüber hin und her.

„Aber wenn Sie nun nicht um elf Uhr, oder um zwölf Uhr wollen wir sagen, zu mir kommen, lieber Kauten?“ sagte er endlich und sah dabei, die beiden Ellbogen auf die Lehnen seines Stuhles gestemmt, die Hände gefaltet und die Daumen um einander herjagend.

„Dann kommen Sie zur Trauung,“ erwiderte Kauten, und ein Lächeln suchte um seine Lippen. „Sind Sie damit beruhigt?“

„Bollkommen,“ sagte Schaller, von seinem Stuhl aufstehend, ich glaube auch jetzt, daß ich Ihnen trauen darf, Kauten, denn Ihr eigenes Interesse ist auf meiner Seite, und dies bleibt ein Hauptfaktor bei jedem Geschäft.“

Apropos, waren Sie schon bei Dürrbed? Oder ich möchte besser fragen: wollten Sie vielleicht eben hingehen, als ich Sie traf?“

„Nein!“ sagte Graf Kauten zögernd; erstens war Dürrbed nur eine ganz oberflächliche Bekanntschaft, und dann — jehe ich auch nicht gern Leichen. Ich habe von Kindheit auf eine Aversion dagegen gehabt. Es verdirbt mir stets den ganzen Tag.“

„Das könnte ich nicht sagen,“ meinte Schaller trocken, „wenn mir weiter nichts den Tag verdirbt; aber ich muß jetzt gehen. Also übermorgen ist der glückliche Moment, machen Sie's nur um Gottes willen nicht wie Hauptmann von Dürrbed.“

„Ich werde mich hüten,“ lachte Kauten, als sich Schaller zum Gehen wandte, und streckte sich dabei bequem auf seinem Sofa aus. —

Wunderbarer Weise schien die Kunde von Dürrbed's Tode, selbst noch nicht bis zum Frühstück, Solberg's Haus erreicht zu haben, das übrigens auch nur geringen Verkehr mit der übrigen Nachbarschaft hielt. Erst der Barbier, der Morgens um neun Uhr kam, brachte sie mit und war glücklich darüber, daß er hier wirklich etwas Neues melden konnte, denn in allen übrigen Häusern hatten sie es schon gewußt.

Der alte Herr nahm die Sache übrigens ziemlich kaltblütig auf. Der Hauptmann von Dürrbed war aus dem Kreise seiner Bekannten und Freunde getreten und existierte eigentlich schon seit der Zeit nicht mehr für ihn. Deshalb sollte er sich also für ein Individuum besonders interessieren, das überhaupt nicht existierte, er sah keine Veranlassung dazu.

„Weshalb?“ war die einzige Frage, welche er an den Barbier richtete, als dieser gerade im Begriff stand, ihn einzusetzen.

„Bedauere recht sehr,“ sagte der Hölliche, „dem Herrn

Baron keine weiteren Mitteilungen machen zu können, nur was sich die Leute erzählen.“

„Besser wissen Sie überhaupt nichts?“ erwiderte Herr von Solberg mit fabelhafter Rücksichtslosigkeit. Der Barbier aber lächelte; er nahm das für eine Elogie und fuhr geschmeichelt fort: „die Heirat mit Fräulein Wendheim, der Sängerin, soll ihn gereut haben; er war doch von Adel und sie nicht, und da hat er sich vorher eine Kugel durchs Herz geschossen.“

„Ist er schon begraben?“

„Entschuldigen, Herr Baron, er hat sich erst gestern erschossen, und jetzt ist das Gericht bei ihm, um seine Sachen mit Beschlag zu belegen.“

„So? Hatte er Schulden?“

„Muß doch wohl. Die Herren Offiziere leben gern ein bißchen flott, he, he, he!“

„Nehmen Sie sich in Acht, jetzt haben Sie mich wieder geschnitten!“

„Bitte um Verzeihung, Herr Baron, es ist Ihnen nur ein Haar ausgefallen, Sie haben einen so starken Bart — Danke untertänigst“, setzte der Barokünstler hinzu, als er die Serviette abnahm und mit einer tiefen und sehr anstands-vollen Verbeugung zurücktrat.

Baron von Solberg beendete seine Toilette — die übrigen Mitglieder der Familie befanden sich noch auf ihren Zimmern — las gewächlich seine Zeitung und wartete geduldig den Moment ab, wo zum Frühstück Klingel wurde.

Im kleinen Salon traf er die Seinen.

„Apropos, Hans, wo hast Du Dich denn gestern den ganzen Nachmittag herumgetrieben? Du wurd'st hier sehr vermisst.“

„Ich hatte Geschäfte, Vater“, sagte Hans, „unser Agent aus Hamburg war da, mit dem ich viel besprechen mußte.“

„Es klingt mir zu merkwürdig“, bemerkte die Frau Baronin, „wenn ich unsern Hans so ehrsüchtig von Geschäften

heit der Bahnen bestimmen; sie fände da noch ein sehr reiches und übrigens auch sehr dankbares Arbeitsfeld vor.

Gemeindevorstandswahlen. In Rummelsburg bei Berlin fanden Montag die Wahlen für fünf Gemeindevorstände in der dritten Abteilung statt. Die Kandidaten der sozialdemokratischen Partei wurden mit überwiegender Majorität gewählt. Es erhielten unsere Genossen Zigarrenhändler John 524, Tischlermeister Gläser 526, Schankwirt Tempel 527, Gärtner 199 und Ritter 198 Stimmen. Die Kandidaten der konservativen Partei erhielten überhaupt keine und diejenigen der liberalen Partei vier bis zehn Stimmen.

Ueber die Parteiverhältnisse in Sachsen gibt der soeben veröffentlichte Geschäftsbericht des Zentralkomitees interessante Aufschlüsse. Danach betrug die Gesamtzahl der organisierten Parteigenossen im Jahre 1901: 25 681, 1902: 29 916, 1903: 38 761. Die Parteiblätter hatten zusammen 21 750 Abonnenten bei 441 764 sozialdemokratischen Reichstagswählern, also fast 28 Proz. der Reichstagswähler. Der Bericht stellt ferner noch fest, daß vom Parteivorstande nur so viel Aufschuß zu den Kosten der Reichstagswahlen erforderlich war, wie Sachsen an die Hauptkasse in Berlin abgeführt hat.

Der Ausbruch der Revolution stand am Sonntagvormittag 11¼ Uhr in Breslau bevor — wenigstens nach Ansicht der dortigen Polizei. Eine Abteilung reitender Gendarmen und ca. 40 Mann zu Fuß belagerten das Gewerkschaftshaus und das umliegende Stadtviertel, als Genossin Zeitin ihren Vortrag über „Der Jar in Deutschland voran“ zu Ende führte. Unbeteiligte glaubten, der Jar selbst sei als Zuhörer eingetroffen und daher rühre das Aufgebot. Der am Donnerstag beanstandete Vortrag wurde ohne Zwischenfall zu Ende geführt und eine Revolution zugunsten der russischen Freiheitskämpfer angenommen. Arbeitslos zog die Schutzmannstruppe wieder von dannen.

Gewerbegerichtsamt in Offenburg. Die Liste des Gewerbegerichtsamtels legte bei der Arbeitervertreterwahl mit 351 Stimmen über 150 der gewaltig und unanständig vorgegangenen schwarzen Arbeiter. Bei der Arbeitsüberwahl wurde unserm Vorschlag kein anderer gegenübergestellt.

Erkundung — Dienstwidrigkeit! Der preussische Fiskalisimus treibt immer schonere Blüten. Im Amtsblatt der Königl. Eisenbahn-Direktion Essen ist ein Direktorialerlaß zu lesen, worin energisch gegen das — Verbrechen der Erkundung Front gemacht wird. Im Dezember sei es wiederholt vorgekommen, daß Zug- und Lokomotivpersonal sich als übermüdet gemeldet hätten, wenn sie nach Beendigung des planmäßigen Dienstes noch zu weiteren Dienstleistungen herangezogen werden sollten. Solcher Insubordination wird durch folgende Verfügung ein Ende bereitet: „Für die Folge werden, wenn Zug- und Lokomotivpersonal sich vor Ablauf der für sie zulässigen 16 stündigen Schichtdauer übermüdet melden und ihre Ueberanstrengung nicht durch Anführung bestimmter Ursachen glaubhaft zu machen wissen, dergleichen Dienstwidrigkeiten mit aller Strenge bestraft. Meldet sich bei größeren Unregelmäßigkeiten ein Personal übermüdet, so ist der vorgezeichneten Inspektion des Personals sofort telegraphisch Anzeige zu machen. Die Inspektion hat alsbald sofort den Fall zu untersuchen und über die Befristung zu entscheiden. Die Untersuchungsverhandlungen sind aus vorzulegen. Die Hauptstellenverwalter haben die unterstellten Personale eingehend zu unterrichten.“

Es sind erst wenige Wochen her, als Herr Habbe in Abgesandtenhause das Schlaraffenleben der Eisenbahner schilderte. Es soll auch Eisenbahner geben, die die fiskalische Arbeitsunfähigkeit — freiwillig preisgeben. Das kann man leicht konstatieren! So muß auf einzelnen Bahnen jeder Angestellte handhabeisich darüber quäntieren, daß er zu dem vorstehenden Ulla Ja und Amen sagt. Wer nicht unterzeichnet, wird bestraft. — Was den Ulla selbst angeht, so ist es wohl überflüssig, ein Wort darüber zu verlieren.

Statistik der Arbeitslosigkeit. Eine laufende Berichtspatung über die Arbeitslosigkeit erfolgt durch die Gewerkschaften, die dann vom arbeitsstatistischen Amt zusammengefaßt und im „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlicht wird. Es handelt sich hierbei allerdings nur um Berufsleute, die arbeitslos sind, nicht um die Arbeitslosen, die in den Fabriken beschäftigt sind, doch 5 Prozent die hierbei gewonnene Bilanz auch bereits sehr wertvolle Rückschlüsse auf das Wirtschaftslieben. An der Spitze ist vierter Quartal waren 24 freie Gewerkschaften mit 332 098 16 hauptdauerdige Gewerbetreibende mit 92 793 und 4 wöchentliche Berufs-

reden hörte, und er betreibt das mit einem so fabelhaften Eifer.“

„Es ist das auch etwas sehr Eigenes, wenn es handelt sich um ein ganzes Schicksal eines sohaberen Mannes, bei dem es eine große Unruhe macht, ob sie zur rechten Zeit oder später eintreffen.“

„Der Herr hat es nicht nötig gewesen und der Kaiser wurde verwirrt, wenn der Kaiser log dabei stets das Rheinberger Tagesblatt, und er nahm es jetzt auf und warf den Brief darüber hin.“

„Herr,“ sagte er plötzlich, von seiner Seite aufsehend, „hast Du es schon gehört? Herrmanns Dürckel hat sich gestern Abend erschossen.“

„Dürckel?“ rief Hans und sah von seinem Stuhl wie elektrisiert auf. „Am Gottes willen, Vater, das ist ja nicht möglich!“

„Der Dürckel hat es erzählt“, erwiderte sein Vater, „und der ist dem Tagesblatt immer sehr verlässlich.“

„Dürckel?“ — Herrmann von Dürckel? — Aber heute ist ja kein Festtag.“

„Beydenheimchen des Dürckel“, sagte Baron von Selberg, „aber er hat seinen Koffer verloren; man erzählt sich in der Stadt — aber ich beachte nur, was ich von meinem Dürckel weiß — das er sich aus dem Leben über dieses Verhängnis des Lebens genommen hat.“

„Der Dürckel erzählt das!“ rief Hans fast außer sich, „aber ich habe Dürckel genau und weiß, wie er die Stunden schon erzählt hat, die ihn mit seiner Krankheit verbrachten. Da Du mein Freund, was hast Du von dem Dürckel gehört? Bisher hat er keine Worte bei ihm zu so Entschuldigungen geäußert.“

„Mein lieber Sohn“, sagte der Baron sehr ruhig.

vereine mit 4447 Mitgliebern beteiligt. Von diesen wurden am 31. Dezember 9607 Arbeitslose gezählt. Es sind dies 22 Proz. gegen 18 Proz. am 30. September und 3,2 Proz. am 30. Juni. Hieraus läßt sich ein erheblicher Rückgang der Arbeitslosigkeit gegen den Sommerzustand erkennen. Die Unterstützung beträgt dennoch 465 751 Mk., was auf eine Arbeitslosen-Gesamtunterstützung der Fachverbände pro 1903 von etwa 2½ Millionen Mark hinauslaufen dürfte. Eine respektable Summe!

Von der Kolportage ausgeschlossen ist der „Wahre Jakob“ im Bezirke der Amtshauptmannschaft Annaberg in Sachsen. Einem Kolporteur in der Stadt Zerbau, der sein Verzeichnis einreichte, wurde dies vom dortigen Stadtrat eröffnet. Die Amtshauptmannschaft nimmt also an, daß der „Wahre Jakob“ „in sittlicher und religiöser Beziehung Mergernis zu geben geeignet ist.“

Aus Nah und Fern.

Der Kampf um das Majorat. Ein Seitenstück zum Kwidli-Prozeß beschäftigt gegenwärtig das Oberlandesgericht zu Dresden. Es handelt sich um die Anerkennung des vierjährigen Sohnes der Prinzessin Alicia von Schönburg-Waldenburg geborenen Prinzessin von Bourbon seitens der Agnaten des prinziplich Schönburg-Waldenburgischen Hauses, das bekanntlich in Sachsen ansässig ist, und dessen Haupt, der alte Prinz Schönburg, auf dem Schlosse zu Gauenitz residiert. Die Ehe des Sohnes des leipziger, des Prinzen Friedrich Ulrich, mit der Prinzessin von Bourbon, der Tochter des spanischen Thronprätendenten Don Carlos, wurde vor kurzem vom Landesgericht Dresden geschieden, und die Prinzessin als „schuldiger Teil“ auf Grund einer begangenen „Ehekränkung“ erklärt. Auf Grund dieses Urteilspruches erboben sogleich die Agnaten des Hauses Protest gegen die Legitimität des Sohnes des prinziplichen Ehepaars, der, wie die ersteren behaupten, aus der „Ehekränkung der Prinzessin mit einem italienischen Kavaliere“ hervorgegangen sein soll. Während der Berliner Kwidli-Prozeß vor aller Augen verhandelt wurde, spielt sich der Dresdener hinter verschlossenen Türen ab. Am Sonnabend fand ein Verhandlungstermin vor dem Oberlandesgericht Dresden an. Nur soviel ist bekannt geworden, daß ein Urteil noch nicht gesprochen und auch vor Vorstand Rai nicht zu erwarten ist, weil das Gericht weitere Beweiserhebungen anzustellen beschloßen hat.

Köln. Brandunglück. In einem Hause an der Großen Spiegelfgasse hier entstand Dienstag mittag Feuer. Zwei Kinder, im Alter von 2 und 4 Jahren, fanden den Tod durch Erstickten.

Nachen. Grober Unfug in der Kirche. Die hiesige Straßammer verurteilte den Tagelöhner Depineux aus Eupen, welcher in der Weihnacht in der Pfarrkirche daselbst großen Unfug dadurch verübte, daß er während der Christmesse laut gerufen: „Ist ja doch alles Mumpiz!“ zu 6 Monaten Gefängnis.

Eine Revolution im Schaffall. In dem Orte Pier im Regierungsbezirk Nachen herrschte dieser Tage eine richtige Revolution. Der bei der Bevölkerung sehr beliebte Kaplan Eitz soll von dort nach einem öden Akt im Siegesteich verjagt worden, und man nahm an, daß bei der Verjagung heimliche Wankenspartien im Spiele seien. Es sammelten sich abends große Volksmengen, bis zu 200 Köpfen, die den Ort nach Art des in der Gegend üblichen Tiertreibens durchzogen. Gegen die Häuser einiger der mutmaßlichen Segner des Kaplans wurden sogar Steine geschleudert. Das hielt mehrere Tage an. Dem Bürgermeister gelang es weder durch Zureden, noch der Gendarmerie durch Drohwagen, die tobenden Katholiken zur Ruhe zu bringen. Da es sich nicht um freilebende Arbeiter handelt, ist nicht zu fürchten, daß die bewaffnete Macht durch verletztes Vorgehen Unheil anrichtet.

Ein Stellvertreter Gottes zu Buchhaus verurteilt. Der Sergeant Szekly vom Infanterieregiment Nr. 29 in Erier hatte sich vor dem Kriegsgericht wegen wissentlichen Meineids, Verleitung zum Meideid und falscher Denkmahlung im Wehrbuch zu verantworten. Er hatte, während ein Militärgefangener entpungen war, als Buchhalter der Gefangenensache die Posten infolge dessen nicht abgelesen. Das Gericht hatte er aber in das Wehrbuch eingetragen und später beschworen. Die Posten hatte er zu für ihn günstigen eiblichen Aussagen zu verleiten gesucht. Das Kriegsgericht verurteilte ihn zu 18 Monaten Zuchthaus, 5 Jahren Ehrverlust und Ausweisung aus dem Heere.

Wärzburg. Eisenbahnunglück. Bei der

Grombühlbrücke in der Nähe des Bahnhofes Würzburg entgleisten, wie amtlich gemeldet wird, von einem Rangierzuge die Maschine und vier Wagen. Ein Geiger ist tot, ein anderer leicht am Kopfe verletzt. Der Materialschaden ist nicht unbedeutend. Die Ursache der Entgleisung ist noch nicht aufgeklärt.

Lübecker Stadttheater.

Die Doppelgängerkomödie in 3 Akten von Adolf Paul. Es war am 6. März 1899, als sich uns Adolf Paul zum ersten Male als dramatischer Dichter vorstellte. Direktor Heinrich, der damals noch das Szepter in der Beckergasse führte, brachte Pauls fünfaktiges Schauspiel vom Dänenkönig „Christian II.“ zur ersten Aufführung. Schon damals ließ sich im großen und ganzen dem Dichter ein ziemlich günstiges Prognostikon stellen. Seit jenen Tagen hat sich nun Ad. Paul höchst vorteilhaft zu seinen Gunsten entwickelt. Damals war er noch ein in Deutschland kaum dem Namen nach bekannter skandinavischer Dichter, der sich durch die Fortsetzung der deutschen Theaterkopie. Heute nimmt Adolf Paul, der deutsche Finländer, bereits eine ziemlich geachtete Stellung im literarischen Leben Deutschlands ein. Und wenn auch über seinen letzten Roman, die altägyptische Geschichte „Die Madonna im Rosenbusch“, die Frommen im Lande und die drei Einzelmännchen zeternd, weil er als Dichter es gewagt hat, in seiner Geschichte, die zur Zeit der Wullenweber-Unruhen spielt, das uralte Oedipusmotto zu verwenden: Leute von einigem literarischem Geschmac und nicht durch Frömmelerei getriebener Bestimmung stellen ihr einmütig das Zeugnis aus, daß es eine Dichtung von Schönheit und Glanz, voll Farben und Klarheit ist. Inbesseren soll ja hier nicht von dem Romanautor Paul, sondern dem Dramatiker die Rede sein, dessen „Doppelgänger-Komödie“ auf Veranlassung der literarischen Gesellschaft Dienstag am hiesigen Stadttheater erstmalig aufgeführt wurde, nachdem sie bereits in Berlin, Leipzig und einigen andern deutschen Städten die Feuerprobe erfolgreich bestanden hat. Wie seine altägyptische Geschichte, so ist auch diese „Doppelgänger-Komödie“ ein Kunstwerk, das zwar vielleicht nicht nach jedermanns Geschmack ist, aber unweiderstreitbar beweist, daß es ein wahrhaftiger Dichter geschaffen. Diese Komödie vom Doppelgänger behandelt das Problem vom Gottessgnaden-Röngnitu. Dem Geiger Mattei, der dem König eines kleinen neubourbonischen Reiches — das Stück spielt in der Gegenwart — so täuschend ähnlich sieht, daß ihn jedermann auf der Straße für den richtigen König hält, zumal er alles tut, um die Täuschung noch vollkommener zu machen, gelingt es, den Thron an sich zu reißen und den König, an seiner Stelle, ins Gefängnis zu werfen. Mattei spielte seine Rolle als Pseudokönig ausgezeichnet. Die Minister, die an's Gehörchen und Kabinett gewöhnt sind, erstarben vor ihm in Ergebenheit, obwohl Mattei nicht gerade allzu liebenswürdig mit ihnen umspringt. Nur die Frauen kommen sehr bald hinter das Geheimnis. Der junge König, die von ihrem rechtmäßigen Gatten stets so tiefmütterlich behandelt wurde, wird der Geiger durch seine allzu stürmischen Liebesumarmungen verdächtig; und seiner eigenen Frau Elena, die sich aufmacht, um beim König die Erlaubnis zu erwirken, dem ihrer Meinung nach, gefangen gehaltenen Gatten die geliebte Geige zu bringen, stoßen auch sehr bald darüber Bedenken auf, daß nicht der wirkliche König, sondern ihr Gatte vor ihr steht. Noch gelingt es dem Pseudokönig, die Zweifel zu beschwichtigen, aber das Unglück soll doch sehr bald über ihn hereinbrechen. Nach einer wüsten verlebten Nacht greift Mattei zur Fiedel, um die Wolken des Unmutes zu zerstreuen. Sein meisterhaftes Spiel verdrängt ihn, und da er vom Königsstühlen ohnehin genug hat, verzichtet er freiwillig. Der richtige König wird wieder in seine Rechte eingesetzt. Ein Freibrief der Königin aber schenkt Mattei vor der Rache des Königs. Besonders gelungen ist Paul der erste Akt und auch die ersten Szenen des zweiten Aktes; nachher flaut die Komödie an Wirkung etwas ab. Die Sprache wird hohen Anforderungen gerecht. Kurz und knapp sind die Sätze, gleich Berleinschnitten, aneinander gereiht. Aller überflüssige Land ist glücklich vermieden. Seines Bezuges wohlbewußt, steuert Paul auf sein Ziel zu: er beweist, daß die Könige von Gottes Gnaden auch nur Menschen, vom Weibe geboren, sind; auch der Geiger konnte König sein, ohne daß das Reich gleich in Trümmern ging. Die Theaterleitung hatte die Komödie sehr gut inszeniert. Die so schwierige Doppelrolle des Königs und des Geigers Mattei spielte Arthur Hellmer und bot damit geradezu eine Bravourleistung. Es gelang ihm fast immer, den Charakteren der beiden von ihm gespielten Personen gerecht zu werden. Auch die übrigen Mitwirkenden spielten treu und brav, so daß der Erfolg nicht ausbleiben konnte. Ob die Komödie inbesseren noch öftere Aufführungen hier erleben wird, diese Frage möchten wir offen lassen. Das Publikum, das gewohnheitsmäßig unser Theater besucht, pflegt derartige Stoffe leider meist „unverdaulich“ zu finden.

an und verließ dann, ohne ein Wort weiter zu sagen, das Haus.

Er mochte etwa eine halbe Stunde fort sein, als Oberstleutnant von Klungenbruch sich anmelden ließ und nach dem jungen Baron fragte. Die Antwort lautete, daß er ausgegangen sei und man nicht wisse, wann er zurückkehren würde. Er habe jetzt sehr viel außerhalb zu tun. Der Oberstleutnant hinterließ deshalb, Hans von Selberg möge doch so freundlich sein, ihn, sobald er zurückkehre, in seiner eigenen Wohnung anzufassen, er habe ihm etwas Wichtiges mitzuteilen; er solle aber keine Zeit veräußern, denn die Sache sei dringend.

In der Stadt wurde am dem Morgen fast von nichts gesprochen als dem Selbstmord des Hauptmanns, und was man an gehässigen Vermutungen für die Ursache aufreiben konnte, wurde angetrieben — glauben doch die Menschen im allgemeinen, so gutherzig sie auch sonst sein mögen, von ihrem Nebenmenschen immer viel eher das Schlechte, und nur zu oft schon deshalb, weil sie sich dadurch selber ein klein wenig klüger oder besser hinzustellen denken! Sie hätten natürlich an dem und dem Statt nicht so gehandelt, hätte er natürlich das viel klüger oder ehrenhafter angefangen haben!

Klängenbruch war von Selbergs gleich wieder nach Hause zu gegangen, aber er fühlte sich so aufgeregt, daß er beschloß, zuerst einmal in dem Café einzutreten und ein Glas Cognac oder Portwein zu trinken. Er tat das sehr selten; aber eben weil er seinen Körper nicht daran gewöhnt hatte, übte es auch, wenn er es einmal gebrauchte, stets eine wohlthätige Wirkung auf ihn aus.

(Fortsetzung folgt.)

„Du erzählst noch nach dem äußeren Schein; wenn Du aber erst mehr Jahre zählt, wirst Du erst einsehen, wie oft der Herr trägt. Man kann keinem Menschen ins Herz sehen.“

„Dürckel ja“, rief Hans bewegt aus, „der zeigte sein Herz so offen und wahr, wie es in seiner Brust lag.“

„Wo willst Du denn hin? Du hast ja noch nicht halb gesprochen!“

„Was seiner Bohnung natürlich“, rief Hans, „darüber muß ich Gewißheit haben, ehe ich mich wieder ruhig niederlegen kann. Aber es ist auch nicht denkbar! Stillschweigend! Dürckel hat erschossen? Eher wollte ich glauben, daß Frau von Selber in ein Kloster ginge und Klaus wäre, oder Frau von Egersheim ihre eigenen Haare trüge. Es ist zu wunderbar!“

„Aber so trinke doch nur erst Deinen Kaffee, wenn Du es überhaupt nicht glaubst, denn in dem Falle liegt nicht die geringste Beweismöglichkeit vor, Dich zu überzeugen“, sagte die Schwester.

„Denn hast Du Recht, Franziska, aber“ — er sah die Schwester an und wie in tiefen Gedanken an — „es hat noch außerdem eine Menge von Dingen, die mir durch den Kopf gehen und welche ich heute Morgen regeln muß.“

„Was hast Du nun, Hans?“ fragte Franziska. „Du bist schon seit gestern Abend so komisch, so still — gestern hast Du nicht einmal Bescheid gute Nacht gesagt, als er schlief, und heute Morgen habe ich Dich schon ein paar Mal beobachtet, wie Du vor Dich niederstarrst.“

„Schwäche, mein Herz, Schwäche“, erwiderte Hans zerküßert, „und aber dabei im Stehen der vor ihm gestellte Tasse Kaffee aus und griff dann, ganz in Gedanken, nach seiner Zigarette und Zigarette, grüßte seine Frau